



IBB: Vollständige Klimaneutralität kostet Berlin mindestens weitere 45 Milliarden Euro

30.08.2023 Fachinformation

Wie die Investitionsbank Berlin (IBB) am 30. August 2023 bekanntgab, emittierte das Land zuletzt insgesamt 15,1 Mio. Tonnen CO₂. Das entspricht 51,6% des CO₂-Verbrauchs von 1990. Erklärtes politisches Ziel des Landes Berlin ist es, den Treibhausgasausstoß bis 2045 auf Null zurückzuführen, fünf Jahre früher als der Bund. Bis 2030 hat sich das Land Berlin als ersten Meilenstein vorgenommen, seinen Treibhausgasausstoß auf 30% (8,7 Mio. Tonnen CO₂) des Wertes von 1990 zurückzuführen. Allein dafür fehlen aber nach Berechnungen der Volkswirte der Investitionsbank Berlin (IBB) noch immer rund 4,2 Mio. Tonnen, die ambitionierter als bisher eingespart werden müssen.

Hinrich Holm, Vorsitzender des Vorstands der IBB: „Mit der Reduktion des CO₂ auf rund 52% des Verbrauchs von 1990 ist Berlin schon auf einem guten Wege. Allerdings reichen die bisherigen Anstrengungen noch nicht aus. Dafür ist die Einrichtung eines Klimaschutzfonds der richtige Weg. Die Berechnungen unserer Volkswirte zeigen aber vor allem, dass die Kosten nicht vom Staat allein übernommen werden können. Die Mittel des Landes werden aber als Hebel für die Privaten Investitionen bereitstehen. Nachhaltigkeit hat in der IBB einen sehr hohen Stellenwert, daher werden wir das Land Berlin weiter aktiv bei seinen klimapolitischen Zielen zur CO₂-Reduzierung unterstützen.“

Die Kosten für Klimaschutzauflagen werden in einem Referenzszenario auf der Grundlage bereits beschlossener klimapolitischer Maßnahmen für Technologien, Verfahren, Infrastruktur und Produkte weitergeführt, aber nicht über den definierten Rahmen hinaus ausgeweitet oder verschärft. Darin enthalten sind daher auch bereits antizipierte Klimaschutzinvestitionen von Firmen und Haushalten aufgrund bestehender Gesetzgebung in Höhe von 142,5 Mrd. EUR, die bis 2050 ohnehin getätigt werden.

Um das im nationalen Klimaschutzplan 2050 angegebene deutsche Zielintervall für Treibhausgasreduzierung auf bis zu -90% gegenüber 1990 zu erreichen, sind darüber hinaus in Berlin klimabedingte Mehrinvestitionen von weiteren mindestens 45 Mrd. EUR nötig, so dass die klimarelevanten Kosten auf insgesamt 188 Mrd. EUR steigen. Dazu gehören Maßnahmen im Bereich Energie, Mobilität und Gebäudehülle.

Ausgehend von den klimabedingten Mehrinvestitionen von mindestens 45 Mrd. EUR und auf die ambitionierten Klimaschutzzielen Berlins in 2045 hochgerechnet, sind pro Jahr Mehrinvestitionen von 1,8 Mrd. EUR nötig. Das entspricht einer zusätzlichen jährlichen Investition von rund einem Prozent am gesamten Berliner BIP (179 Mrd. EUR in 2022). Von diesen klimabedingten Mehrinvestitionen werden voraussichtlich knapp 8 Mrd. EUR auf öffentliche Investitionen (16,7%) entfallen, was rund 300 Mio. EUR pro Jahr entspricht. Mit gut 37,7 Mrd. EUR muss aber der Großteil der klimabedingten Mehrinvestitionen von der privaten Seite gestemmt werden.